

Bezugspreis:

Wöchentlich 20 Pfennig, monatlich 60 Pfennig, vierteljährlich 1,80 Reichsmark, halbjährlich 3,30 Reichsmark, jährlich 6,00 Reichsmark, für das Ausland 6,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Filmwelt“, „Sportstimme“, „Der Räderfreund“, „Garten-Verständnis“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Kulturarbeit“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 17. Juni 1927

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Bankkonto: Berlin 37 534 - Bankhaus: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutsche Reichsbank, Postfach 10000, Berlin SW. 68.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Kopierleistung 80 Pfennig, Reklamemittel 5.- Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ das fertige Blatt 25 Pfennig (außerhalb zwei fertige Blätter), jedes weitere Blatt 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Blatt 15 Pfennig, jedes weitere Blatt 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnement Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die n. d. h. e. Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Größtens bis 6 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Die Reaktion am Werke.

Neue Zollpläne des Bürgerblocks. — Schwerindustrie gegen Achtstundentag.

Die Reaktion ist am Werke. Sie hat zwei Kriegserklärungen an die Arbeiterschaft erlassen. Die eine ist die Veröffentlichung des Programms des Bürgerblocks für die kommenden Zollverhandlungen im Reichstag, die andere die Kundgebung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen auf seiner Mitgliederversammlung vom 15. Juni in Berlin. Die eine bedroht die Lebenshaltung der Arbeiterschaft durch die Absicht, die Preise wichtiger Massennahrungsmittel durch Zollerhöhungen in die Höhe zu schrauben, die andere durch den Willen zum Lohndruck, zur Aufrechterhaltung überlanger Arbeitszeit, durch Verhinderung der Eingliederung der Arbeitslosen in die Produktion.

Höhere Lebensmittelpreise — aber weniger Lohn. Das ist der Inbegriff der sozialen Reaktion.

Es ist kaum eine aufreizendere Verhöhnung der Arbeiterschaft denkbar, als sie in den Reden der Männer der Schwerindustrie, des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Dr. Reichert, des Direktors der Vereinigten Stahlwerke Ernst Poensgen und des Herrn Ernst v. Borjig auf der Versammlung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen in Berlin erfolgt ist. Die Arbeiterschaft der Schwerindustrie im westlichen Industriegebiet hat nach dem Ruhestreik die längere Arbeitszeit auf sich genommen. Sie will das Versprechen der Unternehmer entgegennehmen, das nach der Überwindung der Krise der Achtstundentag wieder eingeführt werden sollte. Die Schwerindustrie hat den großen Rationalisierungsprozess durchgeführt, zum Nutzen der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter. Nun läuft das Arbeitszeitabkommen in der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie ab. Die Arbeiterschaft pocht auf ihr Recht. Sie will teilnehmen an den Früchten der Rationalisierung. Sie will den Achtstundentag. Die Metallarbeitergewerkschaften aller drei Richtungen haben das Arbeitszeitabkommen gekündigt.

Die Unternehmer pfeifen auf ihre feierlichen Versprechungen. Die Reden ihrer Wortführer in Berlin lassen erkennen, mit welchen Absichten sie in die kommenden Verhandlungen hineingehen wollen. Ihr Syndikus, Dr. Reichert, hat in zwei aufreizenden Worten ihre Stellung gezeichnet:

„Wie die Lohnhöhe, so wird auch die Arbeitszeitdauer in der Welt im Aufsteigen. Verkehrt wäre es deshalb, wenn sich Deutschland in einer Zeit unerträglicher Reparationsbeiträge seine Lebensbedingungen innerhalb der Weltwirtschaft verschlechtern würde.“

Das ist das eine. Die Arbeiterschaft wird mit der Wiedereinführung des Achtstundentages auf eine Zeit vertriebt, in der Deutschland keine Reparationen mehr zahlen wird.

Das andere: „Selbstverständlich lassen die technischen Verbesserungen keine entsprechenden Ersparnisse erzielen, wenn die Aufwendungen für die Löhne und den Zinsdienst steigen. In solchen Fällen werden die Früchte der Rationalisierung von der Arbeiterschaft fast allein genossen. Nichts davon erhält der Aktionär und Obligationär, nichts der Verbraucher und die Gesamtwirtschaft.“

Hier ist es offen ausgesprochen: die Rationalisierung dient dem Profit der Aktionäre und Obligationäre — nicht der Arbeiterschaft, nicht dem Volke. Genießt die Arbeiterschaft die Früchte der Rationalisierung, so bedeutet das Stärkung der Kaufkraft der Verbraucher — denn Arbeiterschaft und Verbraucher sind trotz Reichert ein und dasselbe —, bedeutet Stärkung der Gesamtwirtschaft, bedeutet Hilfe und Arbeit für die Arbeitslosen. Für die Herren von der Eisen- und Stahlindustrie aber verliert die Rationalisierung ihren Sinn, wenn ihre Früchte der Arbeiterschaft zugute kommen. Die Arbeiter sollen ausgeschloffen bleiben von den Vorteilen der Rationalisierung um des Profits der Aktionäre und Obligationäre willen.

Diese Worte des Geschäftsführers des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen sind die schärfste Deklaration des Klassenkampfes von oben, die denkbar ist. Sie zeichnen in aller Schärfe die Stellung von Unternehmern und Arbeitern in der Zeit der kapitalistischen Rationalisierung.

Zum Hohm für die Arbeitenden der Lohn für die Arbeitslosen. Die Krise der Eisenwirtschaft — so wurde auf dieser Unternehmerversammlung ausgeführt — sei nicht auf Kosten der Arbeiter, sondern auf Kosten der Industrie gegangen. Die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, die auf der Straße liegen, existieren für die Herren der Schwerindustrie nicht. Sie sind ausgeschlossen. Sie werden mit Genugtuung hören, daß nicht sie, sondern die Herren der Schwerindustrie die wahren Opfer der Krise sind.

Keine Lohnerhöhungen, kein Achtstundentag. Also sprach Herr Reichert:

„Die wichtigste Frage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenindustrie ist die alte Achtstundentagsforderung. Nach Ansicht der Gewerkschaftsführer ist nunmehr der Zeitpunkt gekommen, an dem die bessere Lage der Eisen schaffenden Industrie die Rückkehr zum Achtstundentag zuläßt. Wie stellen sich nun hierzu die Eisen- und Stahlindustriellen?“

Der Übergang von der Zehnstundenarbeit in der zwölfstündigen Schicht zum Achtstundentag ist eine der wichtigsten Lebensfragen unserer Industrie.

Die Dreiteilung der Schicht würde die Neueinstellung von zehntausenden neuer Arbeiter erfordern, und zwar auch bei Arbeitszeitverkürzung zu denselben Lohnbedingungen, wie sie gegenwärtig für die Doppelschicht bezahlt werden. Die Mehrausgaben an Lohn müßten irgendwie getragen werden, und zwar entweder von den Hüttenwerten selbst, die nach wie vor um die Rentabilität ihrer Werke schwer ringen müssen, oder es müßten die Mehraufwendungen in höheren Eisenpreisen von den Eisenverarbeitern übernommen werden, die kaum in besserer Lage als die Eisenindustriellen selbst sein dürften. Vermutlich würde nach Einführung des Achtstundentages bei der Eisenindustrie von den Gewerkschaften auch bald für die ganze Eisenerzeugung mit 1 1/2 bis 1 3/4 Millionen Arbeitern gefordert werden!

Deshalb von vornherein die Erklärung, daß das Unternehmertum in der Schwerindustrie die Zeit für die Wiedereinführung des Achtstundentages nicht für gekommen erachte.

Hier stoßen Arbeiterforderung und Unternehmerwille, Arbeiterinteressen und Profitinteressen hart aufeinander. Der Gegensatz muß ausgetragen werden im Kampfe — gewerkschaftlich und politisch. Dieser Geist der Herren von Eisen und Stahl — es ist der Geist des Bürgerblocks, der Geist der sozialen Reaktion. Er hat das Zustandekommen eines wirklichen Arbeitszeitgesetzes verhindert. Er wirkt in der gesamten Befehlskette des Bürgerblocks — sei es auf dem Gebiet der Sozialpolitik, sei es auf dem Gebiet der Zollpolitik.

Schwerindustrie und Großagrarien stehen in einer Front gegen die Arbeiterschaft. Gegen den Achtstundentag und für höhere Lebensmittelpreise! Das ist das Gesicht des Bürgerblocks.

Die neuen Lebensmittelpreise.

Mit dem 31. Juli ist die Geltungsdauer zweier Befehle zollpolitischer Inhalts abgelaufen: der gesamte Zolltarif in seiner jetzigen Form, die auf der kleinen Zollnovelle vom 17. August 1925 beruht, und das Provisorium über die Lebensmittelpreise, müssen dann außer Kraft treten. Während die Verlängerung des eigentlichen Tarifs wahrscheinlich ohne Zolländerungen erfolgen wird — lediglich die Automobil-

industrie hat neue Schutzzollwünsche angemeldet —, hat man bisher damit rechnen müssen, daß für nahezu alle Warengruppen aus der Liste der provisorisch ermäßigten Zollpositionen nach den Wünschen des Reichslandbundes Zollerhöhungen beantragt werden würden.

Die Regierungsparteien haben sich am Donnerstag in zwei Sitzungen mit der Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden Zollgesetzes und der Erhöhung einzelner Positionen dieses Gesetzes befaßt. Der Ausgang der Beratungen wurde offiziell nicht bekanntgegeben, aber es scheint, daß man sich über die Zollvorschlüsse geeinigt hat. Diese Einigung trägt nach unseren Informationen alle Merkmale eines Kompromisses, ohne daß die agrarischen Forderungen unbedenklicher sind als vorher. Es sollen erhöht werden:

Der Weizen Zoll von 5,— M. auf 5,50 M. für den Doppelzentner.

Der Kartoffel Zoll von 0,50 M. auf 1,— M. für den Doppelzentner.

Der Fleisch Zoll von 21,— M. auf 32,— M. und 37,50 M. für den Doppelzentner.

Angesichts des Sturms der Entrüstung, der durch die breiten Volksschichten ging, scheint man immerhin von der Forderung auf Abschaffung des zollfreien Gefrierfleischkontingents von 120 000 Tonnen abgehen zu wollen. Jedoch ist über die mitgeteilten Zollerhöhungen hinaus mit einer Erhöhung des Zuckersolls zu rechnen.

Der Reichsernährungsminister Schiele hat seine bekannten Wünsche, die u. a. auf eine Erhöhung des Roggenzolls, auf eine Erhöhung der Zölle für die Rohstoffe der Margarineproduktion und auf die Abschaffung des zollfreien Gefrierfleischkontingents hinzielten, im Kabinett nicht durchsetzen können. Als Gegenleistung hat man den Agrariern die Erhöhung des Weizenzolls um 50 Pf. auf 5,50 M. zugestanden. Damit leistet man sich angesichts der gegenwärtigen Getreideknappheit in Deutschland ein ganz tolles Stück; denn es ist selbstverständlich, daß der erhöhte Weizen Zoll, auch wenn er erst im Oktober in Kraft tritt, sich schon jetzt durch einen gesteigerten Preis auswirkt.

Die ganzen Zollpläne der Regierung haben jedenfalls von ihrer Gefährlichkeit für die Ernährung des deutschen Volkes durch die neuen Vorschläge nichts verloren. Besonders bedenklich ist, daß anscheinend der geplante Kartoffel Zoll von einer Mark jetzt als Mindestvertrags Zoll, der durch handelsvertragliche Abmachungen nicht unterschritten werden darf, festgelegt werden soll. Diese „Verewigung“ des erorbitant hohen Zolls wäre eine ganz unerträgliche Festlegung unserer Handelsvertragspolitik bedeuten.

Die Sozialdemokratie wird die neuen Zollpläne des Bürgerblocks aufs schärfste bekämpfen.

Negativer Ausgang in Genf.

Briand ist erkrankt und muß vorzeitig abreisen. — Nichts Konkretes vereinbart.

W. S. Genf, 16. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Besprechungen der Völkermächte sind heute weder in Konferenzform noch auch in Form von Besprechungen zu Dreien fortgesetzt worden.

Briand mußte auf dringenden ärztlichen Rat heute mittag Genf verlassen.

Eine Nervenzündung, die gestern noch ungefährlich schien, ihn aber auch schon gestern zwang, nur mit verbundenem Kopfe Besucher zu empfangen, hat sich auf das linke Auge ausgedehnt, so daß der Arzt die Verantwortung für den weiteren Aufenthalt nicht mehr übernehmen zu können erklärte. So hat Stresemann heute morgen Briand nicht mehr aufsuchen können. Infolgedessen hat nur der deutsche und der englische Minister bei einem gemeinschaftlichen Essen eine Aussprache gehabt.

Von den zwischen Deutschland und der Völkermächterkonferenz schwebenden Fragen hat nur die Angelegenheit der Polizeioorganisation eine befriedigende Klärung erfahren. Die anderen Mächte hatten sich erkundigt, warum die Durchführung der von der Reichsregierung zugesicherten gegenseitigen Maßnahmen solange auf sich warten lasse. Stresemann hat auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die aus den komplizierten innerpolitischen Verhältnissen Deutschlands entstehen. Es sei schwierig

gewesen, die neunzehn Länder unter einen Hut zu bringen. Durch diese Klärung und die Mitteilung, daß die zugelegten gegenseitigen Maßnahmen durchgeführt würden, hat sich die Gegenseite als befriedigt erklärt.

Im übrigen ist die Lösung der noch ausstehenden Fragen nicht weiter gefördert worden. Dieser

negativer Ausgang

bezieht sich sowohl auf die Frage der Kontrolle wie auf die zu Beginn der Genfer Besprechungen noch stark im Vordergrund stehenden Fragen der Verminderung der Truppenzahl. Sinegen ist die hier von Anfang an als unberechtigt bezeichnete Opposition gegen die Zulassung eines Sitzes in der Mandatskommission auf Deutschland schwächer geworden. Der Völkerbundsrat hat in seiner heutigen vertraulichen Nachmittagsitzung beschlossen, der Mandatskommission die

Hinzuziehung eines deutschen Mandats zu empfehlen.

Endgültig wird die Angelegenheit jedoch erst im Herbst erledigt werden.

Die Tagung des Völkerbundsrates geht wegen der plötzlichen Abreise Briands und der Beendigung der Besprechungen außerhalb des Rates voraussichtlich früher als bisher vorgesehen war zu Ende. Man nimmt an, daß morgen im Laufe des Nachmittags die













# Die Arbeiten des neuen Berlin.

## Aus dem Bezirk Charlottenburg.

Der Bezirk Charlottenburg hat in den letzten Jahren eine eigenartige Entwicklung durchgemacht. Aus dem ehemaligen Außenbezirk ist durch die Eingemeindung ein Innenbezirk geworden. Diese Verschiebung der Lage des Bezirks zum großen Berlin und die Tatsache, daß Charlottenburg ähnlich wie die Innenbezirke ein Durchgangsbezirk geworden ist, haben die kommunalen Aufgaben des Bezirks geändert und vor allem stark vergrößert. Die Verkehrsverhältnisse, die Straßenbeleuchtung und andere Einrichtungen sind durch diese Entwicklung nicht mehr den Anforderungen genügend. Der Bezirk ist 3363 Hektar groß. Die Entwicklungsmöglichkeit kennzeichnet die Ziffer der noch bebauten Grundfläche. Von insgesamt 1929 Hektar Bauterrain sind nur 880 bebaut und 1049 Hektar noch bebautbar. Die Parkanlagen und das Dauermischgelände des Bezirks sind 433 Hektar groß. Die Bevölkerung ist von 20876 im Jahre 1871 auf 345 826 gestiegen. Außer den Verkehrsfragen beschäftigen den Bezirk noch eine Reihe großer Probleme, so die endgültige Blierung des Mischgeländes, die Ausschließung der Wohnbezirke am Jungfernheidepark und die Schaffung eines Grüngürtels, der sich von Tegel bis weit in den Bezirk erstrecken soll.

### Das Arbeitsamtgebäude.

Charlottenburg hat nicht, wie vielfach angenommen wird, nur wohlhabende Bevölkerung. Schon vor dem Kriege war der Proletariat der proletarischen Bevölkerung sehr groß. Gerade die kaufmännischen Berufe leiden stark unter der schlechten Wirtschaftslage. Der Bezirk hat daher am 1. Januar 1927 an 10 806 Personen Unterstützungen ausbezahlt. Bis zum 1. Juni ist diese Ziffer auf 5871 zurückgegangen. Der Rückgang der Erwerbslosen beträgt rund 50 Proz., dagegen ist die Anzahl der Krisenfürsorgebezieher um etwa 25 Proz. gestiegen. Von diesen Unterstützten gehören 40 Proz. den kaufmännischen Berufen an. Für den Dienstbetrieb des Charlottenburger Arbeitsamts ist besonders erschwerend, daß die verschiedenen Dienststellen in sechs Häusern untergebracht sind. Für die Zahlstelle des Arbeitsamts hat der Bezirk vorbildliche Räume in einem früheren Straßenbahnhof geschaffen. Die Räume sind hell, freundlich und praktisch eingerichtet, so daß in einem verhältnismäßig kleinen Raum reibungslos laufende Erwerbslose ihre Unterstützung erhalten. Die Anlage ist auch hygienisch vorbildlich. Dringend notwendig wird für den Bezirk die baldige Schaffung eines Arbeitsnachweisesgebäudes, in dem auch die Berufsberatung Platz findet. Der Plan, ein derartiges Gebäude zu errichten, mußte aber fallengelassen werden, weil das in Vorbereitung stehende Arbeitslosengesetz und die damit verbundene Uebernahme der gesamten Arbeiten auf eine zu bildende Reichsanstalt noch völlig ungeklärt ist.

### Schulbauten und Mischgelände.

Am Königin-Luise-Ufer jenseits der Capriol- und Schloßbrücke errichtet der Bezirk ein Berufsschulgebäude. Außer einer Knabenberufsschule und einer Betriebsfachschule soll in diesem Gebäude eine Handelsschule für Mädchen, eine höhere Handelsschule und eine Mädchenerwerbschule untergebracht werden. Ein Teil dieser Berufsschulklassen sind heute in alten Wohngebäuden am Wilhelmplatz untergebracht. Das neu zu schaffende Gebäude soll blockförmig mit der offenen Seite zum Wasser und mit großen Spielplätzen auf dem Hof gebaut werden. Um ein vorbildliches Gebäude zu errichten, hat der Bezirk neben seiner Bauverwaltung führende Architekten, wie Max Laut, Prof. Voelzig, Bruno Paul, Gehner, Gebrüder Krüger und Prof. Lessnow, aufgefordert, einen Bebauungsplan einzureichen. Außer diesem Gelände errichtet der Bezirk eine höhere Mädchenschule in Westend an der Preußenallee und führt große Erweiterungsbauten des Tuberkulosehauses am Waldhaus Charlottenburg aus. Das Krankenhaus Westend wird durch Umbauten seiner medizinisch-technischen Abteilungen erweitert. Ein Autofahrerpartgebäude ist vor kurzer Zeit in Betrieb genommen worden.

Wie wir in unserem Artikel über den Bezirk Spandau bereits mitteilten, muß die Eisenbahnlinie am Bahnhof Witzleben verlegt werden. Das Mischgelände soll eine Erweiterung erfahren. Der Bezirk, der selbstverständlich die Pläne der Wasserleitung nach allen Kräften fördert, wünscht aber, daß die Sportanlagen am alten Exerzierplatz zunächst erhalten bleiben und nur dann, wenn große Ausstellungen veranstaltet werden, sollen diese Plätze zum Mischgelände zugunommen werden.

### Die unleidlichen Verkehrsverhältnisse.

Die Verkehrsverbindungen im Bezirk sind recht ungenügend. So fehlt vor allem eine Querverbindung durch den Bezirk nach Reinickendorf und Tegel. Eine Besehung der Siedlungstätigkeit an der Heerstraße verpflichtet sich der Bezirk durch die Schaffung der Straßenbahnverbindung Linie 75. Zum Jungfernheidepark besteht als einzige Verkehrsverbindung eine Autobuslinie. Es wird unbedingt notwendig sein, um den Massenverkehr nach diesem herrlichen

Park bewältigen zu können, daß auch noch eine Straßenbahnverbindung geschaffen wird. Auch weitere Anschlüsse nach dem Mischgelände sind dringend notwendig. Sehr große Sorge machen dem Bezirk die Verkehrsverhältnisse am Auguste-Viktoria-Platz. Der in diesen Tagen geschaffene Rundverkehr wird etwas dazu beitragen, die unhaltbaren Zustände abzuwandern. Das Problem der Verkehrsverhältnisse ist aber damit noch nicht gelöst. Sehr wesentlich ist der Ausbau des Untergrundbahnnetzes. Vor allem ist der Anschluß der Untergrundbahnstrecke über die Uhlandstraße hinaus zum Kurfürstendamm und Halensee hin nötig.

### Parkanlagen und Kleingartenwesen.

In manchen Kreisen Groß-Berlins besteht die Auffassung, daß Charlottenburg keine neuen Grünanlagen brauche, weil die vorhandenen ausreichend sind. Diese Auffassung ist jedoch nicht richtig, weil die Park- und Grünanlagen Charlottenburgs zu einem großen Teil auch der Erholung der Bürger aus anderen Bezirken dienen. Nicht nur der Liebenbergpark, der wegen seiner Schönheit vielfach von Bürgern der Nachbarbezirke aufgesucht wird, der Botanische Garten auf dem Sachsenplatz bilden Anziehungspunkte, sondern auch im hohen Maße der Volkspark Jungfernheide, der seit 1920 mit Hilfe von Rotstandarbeiten neu eingerichtet wurde. In diesem großen Naturpark mit seinen Sondereinrichtungen — Volkspark, Ruderteich, Platanenallee, Freilichttheater — suchen namentlich die Einwohner der Bezirke Spandau, Siemensstadt, Tiergarten, Wedding und Reinickendorf Erholung. Das gleiche gilt für die Anlagen an der Heerstraße. Auf dem Gebiete des Kleingartenwesens wird die Einrichtung von Dauerkleingartenanlagen erstrebt. Eine Musterkleingartenanlage soll in diesem Jahr mit Hilfe von Rotstandarbeiten auf dem Siedlingplatz geschaffen werden. Weitere Dauerkleingartenanlagen sind geplant. Als ein großer Mangel wird das Fehlen eines Gemeindefriedhofs und eines Urnenshains empfunden. Besonders die Friedsterken klagen darüber, daß es in Charlottenburg an der Möglichkeit fehlt, die Astenreste ihrer verstorbenen Angehörigen mungemäß unterzubringen. Um diesen Bedürfnis abzuwehren, plant der Bezirk, einen städtischen Urnenshain anzulegen.

Ein den Bezirk noch Jahre beschäftigendes Problem ist die Bebauung des Wohngebietes am Jungfernheidepark und in Nordwestend. Die Siedlungstätigkeit an der Heerstraße hat sich nicht in dem Maße, wie der Bezirk hoffte, entwickelt. Eine große Förderung der Wohnungsbauarbeit brachte dem Bezirk die städtische „Baugesellschaft Heerstraße“, die am Bahnhof Heerstraße und an anderen Stellen neue Bauten in Vorbereitung hat. Durch die Erschließung von Baugelände und die verstärkte Bedeutung des Bezirks als Durchgangsbezirk für die Außenbezirke sind die kommunalpolitischen Aufgaben gemehrt. Verlangt werden muß, daß auch die Zentralstellen den vermehrten Anforderungen eines derartigen Bezirks entgegenkommen.

### Im Dienste der Volksgesundheit.

#### Die sportärztliche Beratung der Ambulatorien.

Das letzte Jahrzehnt brachte auch auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik manche bedeutungsvolle Umwandlung. Nicht nur, daß der Einzel- und Privatarzt den Bedürfnissen großer Volksmassen nicht mehr genügt und deshalb zugunsten moderner medizinischer Institute, der mit allen Errungenschaften der heutigen Wissenschaft ausgerüsteten Ambulatorien, in den Hintergrund treten mußte. Auch die Krankheitsbehandlung an sich erfährt eine tiefgreifende Änderung. In früheren Jahrzehnten wurden Arzt oder Krankenhaus erst dann aufgesucht, wenn die Krankheit bereits ausgebrochen war. Heute dagegen legt man den Hauptwert auf die vorbeugende Tätigkeit, auf Beratung und Aufklärung, die in sehr vielen Fällen verhindern, daß Krankheiten überhaupt entstehen können.

Ein gänzlich neues Arbeitsgebiet ist den Ambulatorien durch die starke Zunahme der Sporttreibenden erwachsen. Diese Zunahme ist einerseits im Interesse der Volksgesundheit außerordentlich erfreulich. Auf der anderen Seite aber bedeutet die sportliche Tätigkeit, wenn sie in Unkenntnis der körperlichen Veranlagung oder in übertriebenem Maße ausgeführt wird, schwere gesundheitliche Gefahren. Ihnen mit wirksamen Mitteln zu begegnen, ist der Grundgedanke der neu eingerichteten sportärztlichen Untersuchungen und Beratungsstellen. Einen interessanten Einblick in den Aufgabenkreis der beratenden und untersuchenden Sportärzte gibt ein Aufsatz im Jahrbuch der Ambulatorien von Dr. Hebe Bergmann. Die Verfasserin betont sehr richtig, daß es vor allem darauf ankomme, die Gefahr des Uebertrainings mit ihren Symptomen rechtzeitig zu erkennen. Dazu ist aber notwendig, daß die aktiven Sportler, vor allem die Wettkämpfer der einzelnen Sportdisziplinen, unter dauernder ärztlicher Kontrolle stehen. Jedes Training übt einen gewissen Einfluß auf die körperliche Konstitution aus, der individuell vollkommen verschieden ist. Was auf den einen Sportler mottend und

anregend wirkt, bedeutet für den anderen unter Umständen eine nie wieder gutzumachende gesundheitliche Schädigung. Besonders wichtig ist deshalb vor allem die Beratung der Jugendlichen, die in die Altersabteilungen mit ihren gesteigerten, oft übertriebenen Anforderungen überreten. Hier muß der Sportarzt in enger Zusammenarbeit mit dem Trainer oder dem sportlichen Leiter auf das gesundheitliche Wohl des Jugendlichen bedacht sein, ohne ihn andererseits durch zu starre Vorschriften von Höchstleistungen zurückzuhalten, eine Tätigkeit, die nicht nur medizinische und sportliche, sondern auch psychologische Kenntnisse erfordert. Das erste Anzeichen des Uebertrainings ist in der Regel das Sinken des Körpergewichts. Die sportärztliche Untersuchung, aus der allein eine wirklich nützliche Beratung hervorgehen kann, muß deshalb in erster Linie regelmäßige Messungen des Körpergewichts anstellen. Dazu kommt die Messung des Ein- und Ausatemungsvolumens der Brust, ferner Untersuchungen der Kreislauforgane durch Röntgenapparat und Elektrokardiograph, Blutdruckmessung und Urinuntersuchung. Interessant sind die Ergebnisse der neuesten wissenschaftlichen Untersuchungen über die Wirkung der sportlichen Betätigung auf das Herz. Während man früher annahm, daß die durch sportliche Leistungen hervorgerufene, häufig vorkommende Vergrößerung des Herzens schädlich sei, betrachtet man heute als harmlose und ungefährliche Muskelvergrößerung, die sich in dem Maße, als die sportliche Tätigkeit nachläßt, wieder zurückbildet.

Die Ambulatorien des Verbandes der Krankenkassen, Berlin, haben sich durch die Einrichtung der sportärztlichen Abteilungen ein neues, großes Verdienst erworben. Es ist vor allem zu wünschen, daß die Angehörigen der Arbeitersportvereine weitgehenden Gebrauch von diesen Untersuchungen und Beratungsstellen machen. Denn gerade der Arbeiter, dessen Körper nur zu oft durch gesundheitsschädliche Fabrikarbeit, durch Wohnungselend und Nahrungsmittelgeschwächt und für Krankheiten besonders empfänglich ist, bedarf einer gründlichen Ueberwachung, damit die kurze Spanne Freizeit, die er dem Sport widmen kann, auch wirklich zu einer Quelle der Erholung für ihn wird.

### Die Zersplitterung im Krankenkassenwesen.

Im Berliner Krankenkassenwesen besteht immer noch eine ungeheure Zersplitterung, sehr zum Nachteil der Versicherten. Daß im Stadtgebiet Berlin über 200 Krankenkassen ihr Dasein fristen, ist ein so ungesunder Zustand, daß er auf die Dauer einfach unhaltbar ist. In Gewerkschaftsvereinigungen beschäftigt man sich vorwiegend mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, aber nur insoweit, als es sich um das arbeitsrechtliche Gebiet handelt; mit der Sozialversicherung, besonders mit der Krankenkassenorganisation, so gut wie gar nicht. Um begreiflich zu machen, wie notwendig es ist, daß man sich in Gewerkschaftsvereinigungen auch mit diesen Fragen beschäftigt, sei einmal dargelegt, wie es in Berlin auf diesem Gebiete aussieht.

Im Bereich der Stadt Berlin gibt es 19 Allgemeine Ortskrankenkassen, 11 Berufs- (besondere Ortskrankenkassen), 109 Betriebskrankenkassen, 54 Innungskrankenkassen und 18 Erwerbskrankenkassen. Die größte der Allgemeinen Ortskrankenkassen, die AOK der Stadt Berlin, erstreckt sich auf das Gebiet von Alt-Berlin, Verwaltungsbezirke 1—6 und hat 500 000 Mitglieder. Die kleinste liegt im Ortsteil Wannsee des Verwaltungsbezirks Zehlendorf und zählt 2000 Mitglieder. In vier Verwaltungsbezirken, Wilmersdorf, Zehlendorf, Steglitz, Tempelhofer, bestehen noch je zwei Allgemeine Ortskrankenkassen. Eine Allgemeine Ortskrankenkasse, die AOK Berlin-Nord, erstreckt sich sogar teilweise über acht Verwaltungsbezirke, und zwar Friedrichshagen, Charlottenburg, Treptow, Köpenick, Lichtenberg, Weißensee, Pantow und Reinickendorf. In den Verwaltungsbezirken von Neu-Berlin (7—20) gibt es nur drei (Spandau, Schöneberg und Neukölln) Krankenkassen, die allein in ihrem Bezirk zuständig sind.

Um nun zunächst auf dem Gebiete der Allgemeinen Ortskrankenkassen eine Vereinfachung anzustreben und große, leistungsfähige Kassen zu schaffen, bemüht sich der Ortsausschuß Berlin des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes schon seit Jahren, auf eine Vereinigung gemäß § 268 der Reichsversicherungs-Ordnung hinzuwirken. Dabei ist etwa nicht gedacht, für die Stadt Berlin nur eine Kasse zu bilden, das wäre bei einer Viermillionenstadt wie Berlin aus verschiedenen Gründen nicht zweckmäßig, sondern den Gedanken zu verfolgen, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten eine Kassenorganisation aufzubauen. Gedacht ist vielmehr für das Gebiet von Alt-Berlin (1—6) eine Kasse, für das Gebiet von Neu-Berlin (7—20) etwa acht Kassen, die transformiert die Kasse von Alt-Berlin umschließen müßten. Das preussische Wohlfahrtsministerium steht auf dem Standpunkt, daß das Oberversicherungsamt „auf eine den Bedürfnissen entsprechende anderweitige Abgrenzung der Bezirke der Allgemeinen Ortskrankenkassen im Stadtgebiet Berlin in geeigneter Form hinwirken soll, kleinliche Änderungen der Kassenbezirke aber grundsätzlich abzulehnen sind.“ Eine „Vereinigung von Allgemeinen Ortskrankenkassen“ in dem hier skizzierten Sinne kann durch die Ausschüsse der sich vereinigenden Kassen beschloffen werden. So wie die Dinge augenblicklich liegen, ist nur dieser Weg möglich, um eine Vereinigung in dem angeführten Sinne herbeizuführen. Auf dem Wege der Gesetzgebung besteht in absehbarer Zeit wohl keine Aussicht.

Wie steht es aber damit in Berlin? Die Versichertenvertreter in den Allgemeinen Ortskrankenkassen Berlins sind bereit, für eine Vereinigung einzutreten. Der Hauptwiderstand liegt bei den Arbeitgebern, die, ohne irgendwelche sachlichen Gründe, einfach von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machen und als Gegner jeder zweckmäßigen Vereinigung auftreten. Eine rühmliche Aus-

## Badefreuden-Badebilder!

Halte sie fest durch

**Agfa**  
Rollfilms **Agfa** Filmpacks  
Platten **Agfa** Papiere  
**Agfa** Cameras

Wenn Du zum Baden gehst, nimm Deine Agfa Camera mit!







# Bilanz der Arbeitsbeschaffung.

## Das Fiasko zugestanden. - Bewegliche Anpassung an die Konjunktur!

Die Uebersicht des Reichsfinanzministeriums über die Gestaltung der Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1926 gibt jetzt genaue Zahlen über die Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms, das die Reichsregierung im Sommer 1926 angekündigt hatte und das im ganzen zu einem Fiasko geführt hat. An Ausgaben für Zwecke der Arbeitsbeschaffung waren bekanntlich vorgesehen:

900 Mil. M. Kredit für den Kleinwohnungsbau
50 „ „ Landwirtschaftliches Siedlungswerk
80 „ „ zur Förderung des Baus von Landarbeiterwohnungen
100 „ „ für die produktive Erwerbslosenfürsorge über den ursprünglich vorgesehenen Betrag hinaus
15 „ „ Wohnungsfürsorgefonds
100 „ „ Darlehen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft

Zus. 495 Mil. M.

Erfolgreich ausgegeben wurden:

108 Mil. M. Kredit für den Kleinwohnungsbau
27 „ „ Landwirtschaftliches Siedlungswerk
18,5 „ „ Wohnungsfürsorgefonds
80 „ „ Darlehen an die Deutsche Reichsbahngesellschaft

Zus. 253,5 Mil. M.

Die Ausgaben blieben also hinter den Versprechungen der Reichsregierung um fast eine Viertelmilliarde zurück. Die Maßnahmen, die man zur Arbeitsbeschaffung treffen wollte, wurden also zu einem großen Teil überhaupt nicht durchgeführt. Das Reichsfinanzministerium erweckt nun den Eindruck, als beabsichtige man ernsthaft, die Verschärfung des vergangenen Jahres in diesem Jahre nachzuholen. Das scheint ganz gut zu sein; aber es gibt Veranlassung, über das Problem der Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln, wie es sich in diesem Jahre darstellt, ernsthafte Betrachtungen anzustellen.

### Eine veränderte Lage.

Der deutsche Arbeitsmarkt steht im Zeichen starker Verbesserung. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist jetzt wohl auf rund 900 000 zurückgegangen, und die Besserung scheint zunächst noch weitere Fortschritte zu machen. Schon ist die Finanzlage der Erwerbslosenfürsorge so günstig geworden, daß das Reich keine Zuschüsse mehr zu leisten braucht, daß vielmehr bei der jetzigen Beitragshöhe eine Rücklage für die ungünstigen Wintermonate, die zweifellos wieder eine starke Vermehrung der Erwerbslosigkeit mit sich bringen werden, gebildet werden kann. An manchen Stellen der Wirtschaft zeigt sich ein Mangel besonders geschulter Arbeitskräfte, und auf einzelnen Märkten zeigt sich eine ungesunde Steigerung der Preise. Im ganzen ist die deutsche Konjunkturlage nicht mehr allzu weit von einem Zustand entfernt, den man als Hochkonjunktur bezeichnen kann.

Selbstverständlich fehlen auch ernste Zeichen für mögliche Rückschläge nicht; die gespannte Kreditlage mahnt zweifellos etwas zur Vorsicht. Aber im jetzigen Augenblick braucht die deutsche Wirtschaft keine künstliche Belebung mehr. Die Tatsache, daß die Regierungsstellen in den Zeiten der schwersten Krise die Arbeitsbeschaffung vernachlässigt haben, diese Tatsache darf nicht dazu führen, daß man jetzt Arbeitsbeschaffung treibt, als sei sie in jedem

Zeitpunkt gleich dringlich und zweckmäßig. Was wir jetzt brauchen, das ist die

### Vorsorge für den Winter und Zeiten schlechterer Konjunktur.

wo die Arbeiterschaft wieder in steigendem Maße von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffen wird. Im gegenwärtigen Augenblick kann es durchaus eine bessere Arbeitsbeschaffungs-politik sein, in der öffentlichen Auftragsvergebung zurückzuhalten und dafür die Intensität der öffentlichen Betriebsleistung zu steigern und die Tarife zu senken.

Schon bei der Besprechung der vorgeschlagenen Gebührenerhöhung der Reichspost haben wir darauf hingewiesen, daß wir sowohl im Interesse der Reichspost selbst wie im Interesse rationaler Arbeitsmarktpolitik eine allzu großzügige Materialbeschaffung durch die Post im gegenwärtigen Zeitpunkt für schädlich halten. Inzwischen werden aus der Schwachstromindustrie, die vor allem Aufträge der Reichspost erwartet, Preisvereinbarungen und glänzende Beschäftigung gemeldet. Die Post sollte ihre Aufträge verschieben, bis die Geschäftslage dieser Industrie sich zum Schlechteren neigt. Sie wird dann billiger kaufen können und außerdem im Sinne eines Konjunkturausgleichs wirken. Die Reichsbahn sollte zwar ihre Lokomotiv- und Waggonbauaufträge mit Rücksicht auf die besonders ungünstige Lage der betreffenden Industriezweige herausgeben. Dagegen könnte sie ihr Oberbauprogramm, d. h. ihre Schienen-, Weichen-, Schwellen- und sonstigen Käufe für diesen Zweck beschränken. Bei dem Sicherheitszustand der deutschen Bahnen ist vielleicht keine unbedingte Notwendigkeit, das Gesamtprogramm der Oberbauerneuerung durchzuführen. Es ist sicher nützlich, wenn man in diesem Jahre der guten Beschäftigung der Schwerindustrie und anziehender Preise auf vielen Gebieten sich mit 3 000 km und weniger begnügt, um dafür bei schwierigerer Wirtschaftslage 4 000 km billiger erneuern zu können.

Technisches gilt für fast sämtliche öffentliche Stellen. Der Gesamtumfang der aus öffentlichen Mitteln durchgeführten Bauten beträgt jährlich viele Hundert Millionen. Ihre Verschlebung vermag im Augenblick das wichtigste Mittel rationaler Arbeitsbeschaffungs-politik zu sein.

### Bewußte statt planloser Arbeitsmarktpolitik.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm von 1926 krankte daran, daß man auf einmal vor der Frage stand, welche Arbeiten man denn in Angriff nehmen könne. In der nächsten Krise des Arbeitsmarktes dürfen die öffentlichen Stellen nicht wieder unvorbereitet nach Augenblicksmaßnahmen und gefühnten Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung suchen, die sich dann doch nicht verwirklichen lassen. Sie müssen schon heute Vorbereitungen für die Zeit der Not treffen. Damit die Sache einen gelehrten Namen habe, möge man sie Arbeitsverschlebung nennen; denn unter diesem Namen sind die Maßnahmen, die jetzt notwendig sind, längst bekannt. Aber man begnüge sich nicht mit dem Wort, sondern man treibe bewußte Arbeitsmarktpolitik. Die Verbindung unterliegenden und produktiver Erwerbslosenfürsorge ist wohl in keinem Lande der Welt auf einen so hohen Stand gebracht worden wie in Deutschland. Darüber hinaus brauchen wir aber eine Konjunktur-politik auch der öffentlichen Hand, von der leider heute noch wenig zu merken ist.

### Die Lage in der Braunkohlenindustrie.

Das Rheinische Braunkohlen-Syndikat hat ebenso wie der Deutsche Braunkohlen-Industrieverein, in dem die ostelbische Braunkohlenindustrie organisiert ist, seinen Geschäftsbericht für 1926/1927 veröffentlicht. Die Entwicklung, die der rheinische Braunkohlenbergbau genommen hat, geht aus folgender Tabelle hervor:

	1913/14	1924/25	1925/26	1926/27
in Millionen Tonnen				
Rohbraunkohlenförderung	21,2	85,7	89,5	41,0
Rohbraunkohlenabsatz	1,6	9,8	10,0	9,8
Brikettbereitung	5,9	8,1	9,0	9,7

Die Förderziffer ist danach im letzten Jahre um weitere 3,7 Proz. gestiegen und hat sich gegenüber der Vorjahreszeit nahezu verdoppelt. Die Brikettproduktion und der Absatz ist nach dem Bericht gleichfalls wesentlich angewachsen.

Die Veröffentlichungen des Deutschen Braunkohlen-Industrievereins in Halle geben für die ostelbischen Betriebe einige Anhaltspunkte auch über die Belegschaften und ihre Leistung. Danach ist der Förderanteil je Mann und Schicht von 3,93 Tonnen 1925 auf 4,18 Tonnen im Jahre 1926 gestiegen. Im Vergleich zu 1913/14 hat der Förderanteil des Mannes im Berichtsjahr eine Steigerung um 13 Proz. erfahren. Dagegen ist der Durchschnittslohn im Laufe des letzten Jahres von 5,98 M. im April 1926 auf 6,27 im März 1927, also nur wenig gestiegen. Die nackten Zahlen lassen also die Klagen der Unternehmer über die „untrogbaren“ Lasten der Lohnerhöhungen in sich selbst zusammenfallen, denn die gesteigerte Leistung der Arbeiter hat die Lohnerhöhungen zu einem recht wesentlichen Teil wettgemacht.

### Belgisch-französischer Wirtschaftskrieg. Gegen die französische Hochschuhzollpolitik.

Die Debatten über die Zolltarifnovelle in der französischen Kammer gaben der belgischen Industrie und dem belgischen Handel Gelegenheit, das längst akute Problem der belgisch-französischen Wirtschaftsbeziehungen gründlich zu überprüfen. Jetzt haben die belgischen Industrie- und Handelsverbände eine Denkschrift an die belgische Regierung gerichtet und geeignete Maßnahmen zur Unterbrechung der gegenwärtigen Handelsbeziehungen zwischen Belgien und Frankreich verlangt. Daneben beschäftigt man sich in Belgien mit der Prüfung der Frage, den französischen Import nach Belgien einzuschränken.

Belgien beklagt sich darüber, daß seine Industrie von allen öffentlichen Ausschreibungen und Lieferungen nach Frankreich ausgeschlossen ist, wogegen die französische Industrie an allen dortigen Ausschreibungen teilnimmt. Die belgische Industrie ist deshalb an den Staat herantreteten mit dem Ersuchen, die Provisionen und Kommunen anzuweisen, daß nur belgische Firmen, die in Belgien erzeugtes Material verarbeiten, bei öffentlichen Ausschreibungen aller Art zugelassen sind.

Bekanntlich bezieht Frankreich das belgische Absatzgebiet als

seinen zweiten „Inlandsmarkt“, aber es steht im Begriffe, seine Zölle zu erhöhen und damit die belgische Einfuhr nach Frankreich zu erschweren. Im Jahre 1925 führte Frankreich Waren im Werte von 7 601 292 000 Franken aus; im Jahre 1926 für 9 391 376 000 Franken. Die Ausfuhr stieg also um 1 790 144 000 Franken. In derselben Zeit ging der belgische Export dagegen um 2 072 514 000 Franken zurück. Belgien steht als Ausfuhrland für Frankreich an zweiter Stelle; dagegen kauft Frankreich in Belgien nicht mehr als etwa in Holland. Dieses Mißverhältnis zwischen der französischen Einfuhr nach Belgien und der belgischen Ausfuhr nach Frankreich wurde durch die Annahme der französischen Zolltarifnovelle zu Ungunsten Belgiens verschoben.

Belgien scheint entschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Zustand ein Ende zu machen; d. h. wir stehen, falls Frankreich nicht einlenkt, vor einem belgisch-französischen Wirtschaftskrieg.

Neue Kohleerdelungsverfahren bei der Grube Leopold. Der Abschluß der Grube Leopold A.-G., Köthen, eines der führenden Großunternehmen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, fällt infolgedessen aus dem Rahmen der bisherigen Montanabschlüsse für 1926, als das Unternehmen gegenüber einer sechs-prozentigen Dividende im Vorjahr, diesmal keine Dividende zur Auszahlung bringt. Die Verwaltung begründet dieses Ergebnis damit, daß einmal der verringerte Umsatz und zum anderen die Schwimmandeindrücke und Hochwasserchäden sich für die Betriebe ungünstig ausgewirkt hätten. Die Begründung erscheint jedoch sehr schwach, denn der mit 2,48 Millionen Mark ausgewiesene Rohgewinn hält sich fast auf der Höhe des Vorjahres mit 2,72 Millionen Mark. Auch die Schäden durch Naturereignisse, die einen Teil der Belegschaften zeitweise zu unproduktiven Aufräumungsarbeiten zwangen, werden nur auf einige Hunderttausend Mark beziffert und können also das Gewinnergebnis nicht entscheidend beeinflusst haben. Der Grund ist vielmehr in der Festlegung bedeutender Summen für Neubauten und Erneuerungen zu suchen. Die gesamten Anlagen für Gruben, Brikettfabriken und Schmelzwerke, die mit 17,3 Millionen Mark bewertet sind, haben im Laufe des Jahres einen Wertzuwachs von 1,2 Millionen Mark erfahren. Durch die Aufnahme einer langfristigen 8-Millionen-Mark-Anleihe hat die Finanzlage der Gesellschaft sich sehr günstig gestaltet, wie aus den Verschreibungen in den laufenden Konten hervorgeht. Während die Bankschulden im Vorjahr noch 3,0 Millionen betragen, weist die jetzige Bilanz 1,2 Millionen Bankguthaben aus. Die Gesamtschulden von 4,2 Millionen Mark sind bis auf 1,3 Millionen zurückgezahlt, dagegen haben sich die Forderungen mit 6,7 Millionen mehr als verdoppelt. - In den Kohleerdelungsverfahren hat die Gesellschaft bedeutende Fortschritte erzielt. Nachdem im Vorjahr mehrere Monate nur ein Ofen für ein neuartiges Schmelzverfahren in Betrieb war, sind nach Ueberwindung der Kinderkrankheiten drei weitere Ofen in Tätigkeit, die große betriebstechnische Erfolge versprechen. Eine weitere günstige Entwicklung erwartet die Verwaltung von der Ausführung noch schwebender Projekte, die Delgewinnung aus Braunkohle betreffen und gemeinschaftlich mit dem VCO-Konzern bearbeitet werden sollen.

### Der Abschluß des Maschinentrusts. Die Umgruppierung im Maschinenbau.

Die Deutsche Maschinenbau A.-G., Duisburg, die im vergangenen Sommer aus den Maschinenbetrieben des Ruhr-montan-Trusts und den Werken der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. gebildet wurde, legt jetzt ihren Abschluß für das Zwischengeschäftsjahr vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1926 vor. Die Bilanz ist naturgemäß noch durch die hohen Kosten für die Gründung und die Ankurbelung der vereinten Produktion belastet und läßt daher noch kein abschließendes Urteil zu. Dagegen lassen sich heute bereits auf Grund des produktivsten technischen und organisatorischen Fundaments, das die Gesellschaft als Konzentrationsbeden des deutschen Maschinenbaus besitzt, weitere Schlüsse für die volkswirtschaftliche Bedeutung dieses horizontal aufgebauten Trusts ziehen. Das Wesentliche an diesem ersten deutschen Maschinentrust ist, daß die von diesem Unternehmen ausgehende Vertrauensidee innerhalb der Maschinenindustrie, die bisher für derartige Zusammenschlüsse wegen der überaus großen Verschiedenheit ihrer Produktion wenig Verständnis zeigte, weitere Kreise zieht, so daß in absehbarer Zeit mit der Angliederung neuer Unternehmungen zu rechnen ist. Auf diesem Wege wird auch eine weitgehende Typisierung und Normung von Maschinen und ihren Einzelteilen durchzuführen sein, die bisher von der deutschen Maschinenindustrie in einem für die notwendige Kostensenkung erforderlichen Maße noch nicht erreicht ist.

Von den vorhandenen Betrieben hat die Gesellschaft im Laufe des Zwischengeschäftsjahres die Teile an die Siemensgruppe abgetrennt, die, wie der Elektromotoren- und Generatorenbau, nicht zum engeren Arbeitsgebiet gehören, so daß die Produktion auf den schweren Maschinen- und Kranbau, sowie Bergwerks-, Werft- und Fabrikmaschinen konzentriert ist. In der Bilanz wird bei einem Aktienkapital von 38 Millionen für die drei Monate ein Rohgewinn von 2,9 Millionen ausgewiesen, von dem nach Abzug aller Gründungs- und anderer Unkosten, sowie Abschreibungen in Höhe von 0,42 Millionen Mark ein Reingewinn von rund 54 000 M. verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Die Anlagewerte haben sich gegenüber der Eröffnungsbilanz wenig verändert und werden mit 38 Millionen ausgewiesen. Den Forderungen in Höhe von 5,7 Millionen Mark stehen rund 20 Millionen Schulden gegenüber, von denen jedoch 10,2 Millionen auf Uebernahme von Vorräten der Gründergesellschaften und 7 Millionen auf Anzahlungen entfallen. Die Vorräte erscheinen in Höhe von 17,9 Millionen Mark und bieten genügend Deckung. Da außerdem durch den Verkauf von Betrieben an Siemens etwa 10 Millionen flüssige Mittel eingekommen sein sollen, hat sich die Finanzlage des Unternehmens so günstig gestaltet, daß sie in der Lage ist, die übernommenen Vorräte in bar zu bezahlen und von der Aufnahme eines langfristigen Kredits absehen kann. Nach dem Bericht des Vorstands ist der Auftragsbestand, der bei Beginn der Tätigkeit etwa 30 Millionen betrug, erheblich angewachsen und gemäßigter bis zum Jahresende eine volle Beschäftigung. Man kann daher dem Abschluß des laufenden Jahres, in dem sich die Leistungsfähigkeit der zusammengeführten Betriebe zum erstenmal voll auswirken wird, mit Interesse entgegensehen.

Wohnungsbau in Deutschland und England. In Deutschland fehlen nach der Schätzung des Reichsstatistischen Landesamtes noch 1 700 000 Wohnungen, wenn man gleichwertige Verhältnisse wie vor dem Kriege schaffen will. Bei einem jährlichen Neubedarf von ungefähr 150 000 Wohnungen wurden 1925 nur 106 500 hergestellt, 1925 erst 179 000 und 1926 waren es 250 000. Das Bauprogramm für 1927 sieht weitere 250 000 Wohnungen vor. Wird dieses Tempo nicht wesentlich beschleunigt, dann müssen wir noch gut 10 Jahre bis zur Ueberwindung der empfindlichsten Wohnungsnot rechnen. England ist uns durch ein großzügig aufgestelltes und durchgeführtes Bauprogramm ein gutes Stück voraus. Die „Der deutsche Volks-wirt“ berichtet, wurden bei einem Jahresbedarf von 100 000 Häusern für Bevölkerungszuwachs und Ersatz alter Wohnungen in den 12 Monaten bis März 1927 nicht weniger als 217 600 fertig gestellt, wobei noch englischer Wohnsitz ein Haus ungefähr gleich einer Wohnung zu sehen ist. Da schon in den beiden vorangegangenen Jahren der Zuwachs um 37 000 und 73 000 über den notwendigen Jahresbedarf hinausging, dürfte das Defizit der Kriegsjahre ausgeglichen sein. Dieses Ergebnis ist zum überwiegenden Teil mit Staatshilfe erzielt worden. Von den 217 600 Häusern des letzten Jahres sind mit Staatszuschuß 74 100 von Gemein- und 79 700 von Privatn gebaut worden. Der Rest von 63 800 stammt ganz aus privaten Mitteln. Das englische Mieterschutzgesetz, das mit diesem Jahre abläuft, dürfte trotzdem um ein weiteres Jahr verlängert werden.

Wie gut es der Reichsbahn geht. Die Deutsche Reichsbahn veröffentlicht jetzt eine Uebersicht über ihre Betriebs- und Geschäftsergebnisse im ersten Vierteljahr 1927. Danach ist eine ganz bedeutende Besserung der Geschäftslage festzustellen. Es wurden im Januar 1927 3 215 670 Wagen gestellt (Januar 1926 2 646 297), im Februar 1927 3 245 236 (Februar 1926 2 693 696), im März 1927 3 888 334 (März 1926 3 153 855). Gegenüber der Gesamteinahme des ersten Vierteljahres 1926 mit 956 736 000 M. ist die des gleichen Abschnittes des Jahres 1927 mit 1 082 625 000 um 125 889 000 M. gestiegen. Die Steigerung beträgt 13,2 Proz.

Die Th. Goldschmidt A.-G. kauft auf. In der Generalversammlung der Chemischen Fabrik Th. Goldschmidt A.-G. in Essen gab der Vorstand bekannt, daß die Fabrikbetriebe in Mannheim, Rheinau und Gernsheim zwecks Rationalisierung mit dem Betriebe der Chemischen Fabrik Budau A.-G. in Ammen-dorf zusammengeführt werden sollen gegen eine Hingabe von 2 500 000 M. neuen Chemischen Budau-Aktien.

## Die richtige Behandlung der Verdauungsbeschwerden

besteht in der Ueberwindung der Ursache des Leidens - des Säure-überschusses - durch den die empfindliche innere Magenwand angegriffen und schmerzlos, normale Verdauung behindert wird. Es gibt zu diesem Zweck nichts Besseres als die Anwendung von einem halben Teelöffel voll Biferitte Magnesia, durch welche die Säure unschädlich gemacht wird, die Schmerzen und Bekwerden beseitigt werden, die Entzündung der Gewebe gemildert und der Magen instand gesetzt wird, in schmerzloser, normaler Weise zu funktionieren. Probieren Sie es einmal! Beobachten Sie, wie der Schmerz verschwindet - als ob er weggejubelt wäre! Kaufen Sie noch heute Biferitte Magnesia von Ihrem Apotheker.

In jeder Apotheke in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 und M. 3.00 die Flasche.



## Von zwei Pferden.

Eine Erzählung vom sibirischen Fluß Jais.

Von Wjelowod Iwanow.

(Schluß.)

Dazu noch ein Unglück: Jegors junges Weib war eine Schönheit. Ihr Gesicht wie Milch, hochgewachsen war sie, konnte mit jedem beliebigen Pferd eher fertig werden, als so mancher Mann. Witschys Georgstreuze gefiel ihr gut, vielleicht auch noch so manches anderes an ihm — sie begann, mit ihm zu süßeln. Einmal gab ich ihr mit dem Dfenbesen deshalb einen Schlag, sie aber rollte mit den Augen und sagte: „Du alte Teufelin, sieh lieber besser nach deinem Sohne Jegor. Er bringt noch dem ganzen Kosakenstamm Unglück über den Kopf — ist unter die Bolschewiki gegangen.“ Damals konnten wir die Bolschewiki noch nicht und verwechselten sie mit den Kosaken (Sette). Die brachten ihren Glauben auch aus Deutschland mit.

Die demobilisierten Kosaken zogen von einem Ort zum anderen, schrien, man müsse den Offizieren ihr Eigentum wegnehmen, ihre Güter aufteilen, die Zeit der Freiheit sei gekommen. Und nun kam eines Tages der Ataman unserer Dörfer und sagte zu Witscha: „Sammelt euch, Helden, im Verwaltungsgebäude der Kosakenmiederlassung und in der Stadt treiben sich die Soldaten herum und machen Aufruhr, wie Pugatschew. Man muß ihre Häufsführer einfangen!“

Jegor war um diese Zeit in der Stadt. Witscha heftete alle seine Auszeichnungen an die Brust und ging fort, ohne mich anzusehen.

Entweder es gelang ihnen damals nicht, oder war es etwas anders — ich weiß es nicht. Witscha kehrte heim und trotz, mit den Hülfsstiefeln an den Füßen sogleich ins Bett. Da kommt aber, eine kleine Weile später, das andere Weibchen. Und schreit, noch vor der Schwelle: „Witscha Schelesjow, komm von deinem Bett herunter! Ich arratiere dich wegen Aufrichts gegen die Volksregierung!“

Der andere steigt schweigend vom Bett. Bei unserem Ofen aber steigen stets Holzstücke zum Trocknen. Witscha stellte einen Fuß auf so einen Holzstiel, sprang plötzlich hin, sah nach dem Holzstiel und schlägt — mein Gott, den eigenen Bruder! — damit über den Kopf, läßt davon. Es war noch ein Glück, daß er eine dreikantige, dicke Kirgisenmütze aus Pelz auf dem Kopf hatte. Er stöhnte, fiel zu Boden, erhob sich ungeschicklich nach einer Minute und sagte: „Du kannst vor deiner Strafe nicht davon fliehen! Ich habe alle Kasse hinter Schloß und Riegel versperrt!“

Unsere Pferdebeställe hatten eiserne Bolzen an den Türen. Ich wollte ihn bei der Hand anfassen, er aber führte meine Hand weg und sagte zärtlich: „Beunruhige dich nicht, Mütterchen, ich werde ein Volksheld sein und ein Retter des „Sizilismus“ (Sozialismus).

Und hinter der Tür wurde es ruhig.

Als ich ein wenig zu mir kam, ging ich ihm nach. Ich hörte, wie er im Hof schrie: „Wer hat sich erlaubt, ihm den Pferdebestall aufzuschließen, wenn nur ein Schlüssel bei mir ist und der andere bei meiner Frau?“

Er blickte auf seine junge Frau, drehte an seinem Schnurrbart und sagte: „Du hast einen Mörder und Verräter freigelassen! Leb wohl!“ Und besonders, glaube ich, hat er sich darüber geärgert, daß seine Frau dem Witscha Jegors Serjto gegeben hat. Dieser Argamat war der Beste der Besten. Wie hätte sich mit ihm Irgjenko vergleichen können, trotzdem Witscha mit ihm zwei Kreuze erworben hat! Jegor führte den zurückgelassenen Irgjenko aus dem Stall, streichelte ihn am Hals, fütterte ihn ruhig und ritt davon, ohne auf seine Frau zu blicken.

Man sagt, daß in jener Nacht in unserer Stadt ein Umsturz stattgefunden hat. Jegors Partei siegte damals. Hinter dem Fluß zogen sich die Kosaken zurück, die für die Generäle waren. So viel Leute als nur möglich, schickte man zu ihrer Verfolgung unter Jegors Kommando ab. Es war im November, ein kalter, schneereicher Monat. Im Schnee konnte man sogleich sehen, wohin die Kosaken geritten waren. Jegor holte sie im Hohlweg ein. „Ergebt euch, sonst lasse ich euch mit Maschinengewehren über den Haufen schießen!“ Und die Kosaken zogen blank, ritten Attacke. Jegors Leute kamen ins Wanken. Und die Kosaken mähnten darauf los, als wäre es Steppengras. Jegors Augen waren voll Pulverschnee. Er wollte eben Befehl geben, den Rückzug anzutreten, da er sah, sie könnten die Generalkosaken nicht besiegen.

In diesem Augenblick aber wicherte unter ihm das Roß Irgjenko. Und von der gegnerischen Seite antwortete ihm das andere Pferd. Ein Roß hatte das andere erkannt, Sjerko-Irgjenko.

Da warf Jegor seinen Kopf zurück und rief laut „Witscha — bist du's?“ — „Ja bin's!“ antwortete der, „ich!“

Und Jegor ritt, mitten durch alle Kosaken, auf seinen Bruder los.

„Ach,“ — rief er, „Witscha — leb' wohl!“ Und er hieb ihm mit dem Säbel direkt über die Augen.

Und dann? Die Kosaken erschrakten über diese unvergleichliche Missetat und ergaben sich, und Jegor zog seinen Revolver, näherte sich Sjerko. Und nun genug! Hast mich getragen, hast auch meinen Bruder getragen — Jahr' wohl!“

So sehr man ihm auch zugeredet hat, so sehr er selbst darüber meinte — er hat das Roß dennoch geliebt.

Seit damals ist mein Herz wie mit Bismuth verwachsen. Die ganze Zeit seither ist Bitterkeit auf ihm und die Tränen wollen nicht verfliegen ...

(Besondere Uebersetzung von A. Wasserbauer.)

## Wanderfahrten im „erlösten“ Gebiet.

Von Spectator.

Der Eintritt in die neue Provinz Venetien — Triest und Steindach sind die letzten Dörfer deutschösterreichischen Bodens — vollzieht sich bereits im Szenenbild eines Abruzzenlagers. Bewegliche Gestalten, Hüter und Hahnensieder tief in den Kopf gedrückt, umschwärmen den einfallenden Zug und, was nicht truppweise neugierig herumlungert, prüft geschäftig Waffe und Gepäck und schneidet nach verbotenen Zeitungen. Schwarzhund und schwarze Krawatte strempeln Hertauch und Amt, das bei aller Korrektheit in Wort und Gebärde zur Schau getragene Selbstbewußtsein der Zugehörigkeit zur Prätorianerarmee. Und nun eilt der Zug an Parco — dem einstigen Gassenhah — dem entzündenden Sterzing, jetzt Bipitano genannt, vorbei. Der Brenner, die Eingangspforte in das verorbene Italien, hat redliche italienische Kaufleute, einen von Sigliten noch Brigen verpflanzten Dorfschulmeister und etliche Offiziere der regulären Armee in den Zug geführt. Italienisch klingt es rund herum, von Zeit zu Zeit wechselt mit Jugoslawisch ein plötz-

## Reichspostminister Schäkel in Nöten.

Der Reichstag lehnte die Verteuerung des Briefpostens von 10 auf 15 Pfennig ab.



Erst hat ihm diese Marke so gut gefallen ...



und nun ist er daran kleben geblieben!

lich erscheinender Faschist in der Briefpostkontrolle ab. Paß und Fahrkarte gewinnen die Bedeutung von Amuletten, man tut gut, sie wie ein Brevier in der Hand zu halten.

Das italienische Beamtenum, das Südtirol bis in die entlegensten Bergdörfer bereits besetzt hält, ist in den „erlösten“ Provinzen selbstherrlich und abwehrend, die Parole von capisco tedesco (ich deutsch verstehen) scheint allgemein Lösung zu sein. In Meran, dem Zusammenstoßort aller, die den Frühling in seiner köstlichsten Ausdrucksform genießen wollen, verschwindet gegenüber den zahllosen Reichsdeutschen und Oesterreichern die Suprematie des italienischen Bloms, dafür starren aber die Abziehbilder des „Duce“ von den Säulen des Theaters und anderen Stützen öffentlicher Gebäude als markante Symptom der Bildverehrung hervor. Der internationale Kurort bewirkt die Charakteristika einer Zwangsherrschaft, um so schärfer treten sie in der alten Handelsstadt Bozen, dem jetzigen Bolzano, mit seinen Laubengängen und Gäßchen, seinem betriebssamen Gewühl und seinen unergänglich schönen Kleinodien in Geschichte und Architektur entgegen.

Bozen war von jeher der Angriffspunkt der benachbarten, in Trient konzentrierten Irredenta. Ihren Führer Cesare Battisti, dessen Hinrichtung der österreichische Militärstaat vollzog, verewigt auf „höheren Befehl“ die einst urdeutsche Stadt, seinen Namen trägt ein Stadtteil jenseits der Talfer. Bolzano ist Sitz des italienischen Präfecten und der Regierungsgewalt; von hier aus ist die gesamte Selbstverwaltung der Gemeinden — in Stadt wie Dorf — aufgehoben und Zwangsbürgermeister sind an ihre Stelle gesetzt worden. Ein vom Präfecten ernannter Betrat führt die kommunalen Geschäfte, die Diktatur des Faschismus kennt kein Selbstbestimmungsrecht! Dieser Ausnahmezustand umgreift und erstreckt jede öffentliche Regierung. Die Presse erscheint unter Zensur, politische Versammlungen sind verboten, jedes freie Wort ist verpönt. Seit neuester Zeit propagiert ein in deutscher Sprache erscheinendes Republi- kationsblatt, die „Alpenzeitung“, die faschistische Politik. Die Unterrichtssprache ist in allen Schulen und Hörsälen, mit alleiniger Ausnahme des Religionsunterrichts, italienisch. Die Bauernbuben im Gröden, Stubai und Pustertal, den Vorgebietes des deutschen Tirols, werden von importierten italienischen Lehrern verewicht oder man schickt die einheimischen für sechs Monate nach dem Herzen Italiens und läßt sie ihre neu erworbenen Sprachkenntnisse daheim verwerten.

Bei dem achten Jahrestag des „Marches auf Rom“, der mit bombastischen Maueranschlägen eingeleitet wurde und dem faschistischen Hurraruf alala endete, zog diese in Schwarzhemden und schwarzen Zylinderhüten eingekleidete Jugend in hellen Häusern mit Webe dem, der geleht hätte, und webe dem Lehrer, der nicht an diesem Tage sein Bekenntnis auf die Straße getragen hätte, das auf der Piazza Vittorio Emanuele — einst hieß er, der das Denkmal Walters von der Bogelweide trägt, Johannplatz — seinen Schlußeffekt im faschistischen Treuschwur, der erhobenen Handfläche, fand. Was in und um den Zug herum fehlte, waren die reguläre Armee sowie die Einwohnerschaft von Bozen. Zwischen der ersten und der Mitte der Faschisten besteht keinerlei latente Kordiale. Die Armee des Königs steht in der Trabantenlinie des „Duce“ einen zusammengewürfelten Prätorianerhaufen, der außerdem in seiner Soldatenzeugung den heroischen Charakter eines Söldnerheeres erhält. Diese Truppe umfaßt bisher 80 000 Mann, die aus dem Staatsbüdel in unkontrollierbaren Budgetposten gespeist werden, neuerdings sind weitere 60 000 hinzugekommen, als Jugendwehren gedacht und im Ausgabebetriebe nur vorübergehend eingesetzt. Die Geldgeber waren einst — ganz wie bei uns — die italienischen Großindustriellen, der Zweck des Ganzen die Vernichtung der sozialistischen Bewegung und Partei, die gewalttätige Unterdrückung aller sozialen Ziele.

Die italienische Invasion in das Bozener Tal ist trotz der Durchdringung aller Geschäfts- und Berufsstellen mit fremdem Blut — überall tritt die deutsche gegenüber der italienischen zurück — noch lange nicht am Ende. Zu der über 3000 Mann starken Besatzung, bei einer Bevölkerungszahl von 30 000, treten dauernd neue Verbindungen und Konzerne, vor allem aber auch familiäre Vermischungen zwischen Deutschen und Italienern. Unentwegter Groß ist im Völkerverleben unhaltbar, zumal wenn im Zusammenleben wirtschaftliche Interessen sich einen müssen. Daher schreitet die Italienisierung, soweit es im Ausschnitt des Beobachters zutage tritt, rapid fort. Man wird sich mit ihr abfinden, wenn die wirtschaftlichen Belange des Landes — vor allem Weinbau und Weinhandel — gewahrt und geschützt werden, und wenn die politische Zwangsherrschaft verschwindet. Da diese aber einen integrierenden Bestandteil der Mussolinischen Diktatur darstellt, steht und fällt sie mit ihrem Träger, dessen Cäsarenwahnsinn in der regulären Armee wie im italienischen Bürgerum, ganz zu schweigen von den entrechteten Arbeitermassen, mehr und mehr schärft, wenn auch bepreißenverwehlt latente Verdammung findet.

## Antike Sportgegnet.

Wir sind gewohnt, in dem klassischen Altertum die höchste Blütezeit des Sports zu erblicken, und es wird häufig betont, daß Vindar und andere große Dichter die Athleten begeistert verherrlicht haben. Aber das Lob des Sports war bei den alten Griechen durchaus nicht so einstimmig, wie man wohl annimmt, sondern auch hier haben sich

gewichtige Persönlichkeiten gegen ein Uebermaß der Leibesübungen und die Sportmode ausgesprochen. Solche Stimmen finden sich in der reichhaltigen französischen „Anthologie der Sporttexte des Altertums“, die der Historiker Marcel Berger herausgegeben hat. Da läßt z. B. Euripides in einem Fragment seines Satyrdramas „Autolykos“ eine Person sagen: „Da schändern die Laugenästie durch Griechenland; nichts ist schlimmer als das Geschlecht der Athleten. Zunächst erkennen sie keine Befehle des anständigen Lebens an und wissen sich nicht zu benehmen. Ich verdamme diesen Brauch der Griechen, die Lumpen jeder Sorte, die aus hundert Ländern kommen, wegen ihrer unnützen Leistungen verkommen und ehren. Wozu ist ein Mensch nütze, der gut gerungen hat oder rasch läuft, der eine Scheibe wirft oder eine Kugel auf die beste Weise abschmettert? Welchen Vorteil bringt seine Krone seinem Vaterland? Rämpft man denn bei uns mit Scheiben? Jagt man durch Laufen die Feinde in die Flucht? Niemand kümmert sich um diese Nichtigkeiten, wenn es heißt, mit dem Schwert in der Hand dem Feinde entgegenzutreten.“ Auch Platon führt in seinem Dialog „Laches“ den General, nach dem das Buch genannt ist, als einen entschiedenen Gegner des Sports ein, und Platon erzählt in seinem Leben des Philopomen, daß dieser Feldherr von Jugend auf eine Abneigung gegen den Ringkampf und andere Leibesübungen zeigte. Er hatte nämlich erkannt, daß die Athleten sich durch viel Schlaf und durch übermäßiges Essen kräftig machen, daß sie sich sehr pflegen und ihre Training auf bestimmtes Ziel beschränken; deswegen hielt er sie für ungeeignet zum Soldatendienste, da die Krieger ihre Körper abhärten und sich deshalb nach Möglichkeit des Schlafens und der Nahrung enthalten müssen.

Aristoteles bemerkt in seiner „Politik“, daß die Sportsleute leicht fröhlich, selbst wenn sie eine gute Gesundheit besitzen, und daß man Athleten sehr rasch ohne gewichtige Ursachen sterben sieht. Und der Arzt Galen ist erst recht ein grimmiger Feind des Sports. Er verurteilt vom Gesundheitsstandpunkt aus alle Sportarten, mit Ausnahme des Ballspiels. Nach seiner Ansicht sind die Athleten unmäßig im Essen und Schlafen, und wenige von ihnen werden alt. Mit Fleisch vollgestopft, dick und aufgedunsen, sind sie höchlich, besonders die Boxer und die Ringkämpfer, deren Jünger entstellend sind. Sie können weder der Hitze noch der Kälte widerstehen. Was ihre Intelligenz anbetrifft, so schweigt man besser davon; Milton von Krotos, der Stürmer aller Athleten, war zugleich der dümmste der Menschen. „Die Tätigkeit des Athleten“, so schließt Galen, „hat nichts gemein mit den wesentlichen Werken des Lebens.“ Wenn hier die Häufigkeit und die der Athleten betont wird, so muß demgegenüber doch darauf hingewiesen werden, daß die idealen Gestalten, die die Kunst geschaffen, der Doryphoros des Poliklet, der Dioklos des Myron und viele andere den Typus des griechischen Athleten festhalten. Die Gegner wenden sich aber auch nicht gegen den Sport überhaupt, sondern nur gegen die Auswüchse, die es damals wie heute gab.

## Wie lange reicht die Kohle?

Bei dem gemaltigen Anwachsen, das die Industrie der ganzen Welt erfahren haben, ist die Frage nicht mehr unbedeutend, wie weit das heute noch wichtigste industrielle Betriebsmittel, die Kohle, eigentlich reichen wird. Man sagt sich mit einem gewissen Recht, wenn der Kohlenverbrauch sich von Jahr zu Jahr steigert, muß man in absehbarer Zeit mit einer fühlbaren Verminderung des Kohlevorkommens rechnen und heute schon Vorkehrungen treffen, um für diesen Fall gerüstet dazustehen. Eine gewisse Streckung haben unsere Kohlenvorräte ja schon durch die Einführung der Dampfer erfahren und auch die weiche Kohle, die aus den Wasserkräften gewonnene Elektrizität, ist ein wertvoller Ertrag geworden. Aber nichtbedenklicher hat sich die Wissenschaft ernsthaft damit befaßt, ob es in absehbarer Zeit ein Kohleproblem in dem Sinne gibt, daß uns die Kohlenvorräte endgültig ausgehen würden. Die Antwort, die uns durch genaue Forschungen auf diese Frage erteilt worden ist, lautet, wenigstens für Deutschland, immerhin tröstlich. Wie auf der Tagung des Vereins Deutscher Chemiker in Gießen festgestellt wurde, kann man für Deutschland von einem Kohleproblem in dem eben angeführten Sinne kaum sprechen. Bergassessor Dr. Paul Rudolph ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die deutschen Steinkohlenvorräte bei einer Jahresförderung von rund 100 Millionen Tonnen noch 2800 Jahre reichen können. Nach seinen Forschungen finden sich an abbaubaren Stellen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk bis auf 1000 Meter Tiefe rund 28,5 Milliarden Tonnen, reibt man bis zu 1500 Metern, so ergibt sich eine Zahl von rund 76,4 Milliarden Tonnen abbaubarer Kohlen, und stößt man gar bis zum Liegenden des Kohlefläze führenden Gebirges vor, so wird man die Menge von 283 Milliarden Tonnen Kohle vorfinden. Wie schon angedeutet, legt Rudolph eine Jahresförderung von rund 100 Millionen Tonnen zugrunde. Dann würde man bis 1000 Meter Tiefe etwa 280 Jahre reichen, bis 1600 Meter etwa 750 Jahre und mit der dritten Schicht des Steinkohlengebirges etwa 2800 Jahre. Nun wird man allerdings sehr wohl damit rechnen können, daß sich das jährliche Förderungsresultat leicht bis auf das Doppelte, also bis auf 200 Millionen Tonnen steigern lassen wird. Im Jahre 1913 hatten wir doch schon die Zahl von 190 109 000 Tonnen erreicht. Aber selbst dann, wenn die jährliche Förderungsleistung auf 200 Millionen zu stehen käme, würde der deutsche Kohlenvorrat immerhin noch 1400 Jahre ausreichen.

